

Süsser, Hans-Günther

Article — Digitized Version

Lehren aus den Konjunkturzyklen der Vergangenheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Süsser, Hans-Günther (1985) : Lehren aus den Konjunkturzyklen der Vergangenheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 8, pp. 389-398

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136068>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KONJUNKTURPOLITIK

Lehren aus den Konjunkturzyklen der Vergangenheit

Hans-Günther Süsser, Bonn

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede weisen die drei Rezessionen der Nachkriegszeit auf? Welche Rolle kommt dabei der Wirtschaftspolitik und der Angebots- und Nachfragepolitik zu? Hans-Günther Süsser zieht aus den Erfahrungen der Vergangenheit Schlußfolgerungen für die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion.

Eine Analyse der drei Rezessionsperioden der Nachkriegszeit und der folgenden Erholungsphasen bietet angesichts der heute vielfach kurzatmigen Diskussion der drängenden Wachstums- und Beschäftigungsprobleme eine gute Möglichkeit, die wirtschaftspolitische Debatte zu versachlichen. Als Rezessionsperiode werden hier die Konjunkturphasen angesehen, in denen das preisbereinigte Sozialprodukt über einen längeren Zeitraum hinweg rückläufig war. Gemessen und dargestellt wurden der reale Rückgang und die anschließende Erholungsphase des Sozialprodukts an den saison- und kalenderbereinigten Vierteljahreswerten¹. Danach sind drei Rezessionsphasen zu unterscheiden:

- vom 3. Quartal 1966 bis zum 2. Quartal 1967 (im folgenden R 60 genannt);
- von 2/1974 bis 2/1975 (R 70);
- von 2/1980 bis 4/1982 (R 80)².

Die drei Rezessionsphasen unterscheiden sich in Dauer, Intensität und Verlauf (vgl. Graphik 1). So dauerte R 60 vier Quartale; vom letzten konjunkturellen Höchststand (H) im 2. Quartal 1966 bis zum Tiefpunkt (T) betrug die Schrumpfrate des BSP ca. 1¾ %. R 70 dauerte fünf Quartale; der Rückgang vom Höchst-

stand zum Tiefpunkt betrug 3¼ %, er war also etwa doppelt so stark wie in R 60.

R 80 schließlich dauerte elf Quartale und war nicht nur wegen der Dauer, sondern auch wegen des Verlaufs untypisch: Einem zunächst starken und sich dann erheblich abflachenden Rückgang über drei Quartale folgte ein Wiederanstieg, was seinerzeit die Erwartung nährte, auch diese Rezession verlaufe „normal“ und werde bald wieder in eine nachhaltige konjunkturelle Erholungsphase münden. Dem Wiederanstieg im 1. Quartal 1981 folgten ein Rückgang im folgenden Quartal, abermals ein Produktionsanstieg und ein erneuter Rückgang in den folgenden Vierteljahren. (Damals wurde der Ausdruck „Wellblechkonjunktur“ geboren.) Das Jahr 1982 war von einer durchgehend rückläufigen Entwicklung gekennzeichnet. Wurde seinerzeit die US-Konjunkturentwicklung als W-recession („double-U“) bezeichnet, so wäre die deutsche am besten mit „triple-U“ charakterisiert. Vom Höchststand bis zum Tiefpunkt betrug die Produktionsschrumpfung 2¾ %. Quantitativ fiel R 80 also um rund ½ Prozentpunkt milder als R 70 aus, insofern ist die Bezeichnung „schwerste Rezession der Nachkriegszeit“ bei Zugrundelegung dieses Kriteriums nicht gerechtfertigt; es war lediglich die längste Rezession.

Hans-Günther Süsser, 41, Dipl.-Volkswirt, ist Leiter eines Referates in der Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft. Er gibt in diesem Artikel seine persönliche Auffassung wieder.

¹ Die Zahlenangaben beruhen auf Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank und auf eigenen Berechnungen anhand dieser Quellen.

² Die Bezeichnungen R 60 bis R 80 werden auch für die auf die Rezessionen folgenden Erholungsphasen (recovery) verwendet.

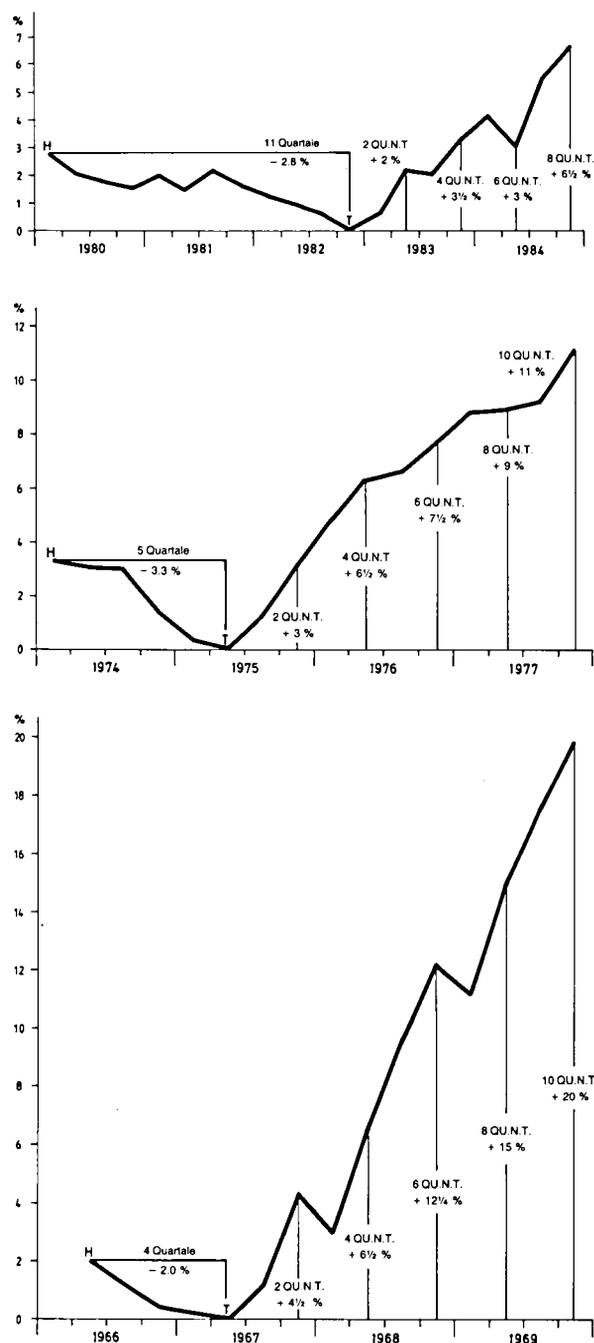
Bezieht man den zeitlichen Aspekt mit in die Betrachtung ein, so ergibt sich folgendes Bild: Während R 80 elf Quartale dauerte und Ende des 11. Quartals das Sozialprodukt real um 2¾ % unter seinem letzten Höchststand lag, waren nach gleich langer Zeit die Rezession in R 60 bereits seit sieben Quartalen und in R 70 seit sechs Quartalen überwunden und nicht nur die Rezessionsverluste wieder aufgeholt, sondern der vorhergehende konjunkturelle Höchststand bereits wieder um 9 % bzw. 4 % überschritten. Dies zeigt deutlicher als die reine Betrachtung der Veränderungsraten, wie gravierend die letzte Rezession durch ihre Dauer auf die „Niveaus“ (z. B. Staatsdefizit, Arbeitslosigkeit) gewirkt hat. Als Besonderheit dieser letzten Rezession ist noch festzuhalten, daß es hier erstmals in der Nachkriegszeit bei den „Stabilisatoren“ privater und öffentlicher Verbrauch im Jahresdurchschnitt zu einem realen Rückgang (privater Verbrauch 1981 und 1982, Staatsverbrauch 1982) kam.

Die konjunkturellen Erholungsphasen

Auch die Erholungsphasen entwickelten sich nach Verlauf und Intensität höchst unterschiedlich. Während in R 60 bereits zwei Quartale nach dem Tiefpunkt der vorhergehende Höhepunkt wieder – und zwar deutlich – überschritten war, wurden in R 70 hierfür drei Quartale benötigt (allerdings war hier auch mehr aufzuholen); in R 80 dauerte es schließlich vier Quartale, vom Tiefpunkt an gerechnet, bis das Vorrezessionsniveau wieder erreicht bzw. überschritten war. Wegen der unterschiedlichen Länge der Rezessionsphasen und der unterschiedlichen Intensität des anschließenden Erholungstempos betrug die Zeitspanne zwischen letztem Konjunkturföhöhepunkt vor der Rezession und dem Wiedererreichen bzw. Überschreiten dieses Niveaus in R 60 sechs Quartale, in R 70 acht Quartale und in R 80 fünfzehn Quartale.

Als Maßstab für die *Intensität* der Erholung kann das Wachstum angesehen werden, das zwischen dem Tiefpunkt (T) und verschiedenen Referenzquartalen erreicht wurde. In Graphik 1 sind diese Wachstumsraten zwischen dem Tiefpunkt und zwei, vier, sechs, acht sowie zehn Quartalen nach dem Tiefpunkt (N.T.) angegeben. Dabei zeigt sich, daß das Wachstumstempo von R 60 und R 70 vier Quartale nach dem Tiefpunkt mit 6 ½ % gleich stark war, während es in R 80 mit knapp 3 ½ % nur etwa halb so kräftig ausfiel. Acht Quartale nach dem Tiefpunkt stehen für R 60 15 % Wachstum zu Buche, für R 70 9 % und für R 80 6½ %. Die zweiten vier Quartale brachten in R 60 also eine erhebliche Beschleunigung, in R 70 eine Verlangsamung und in R 80

Abbildung 1
Entwicklungsverläufe des realen BSP
(Saison- und kalenderbereinigt)



ein Gleichbleiben des vergleichsweise schwachen Wachstumstempos der ersten vier Quartale.

Im folgenden sollen nur die beiden letzten Rezessions-/Erholungsphasen betrachtet werden. Sowohl die Ursachen für die Rezession 1966/67 als auch für ihre

Überwindung und das anschließende Wachstumstempo unterscheiden sich grundlegend von den beiden späteren Perioden. R 70 und R 80 weisen dagegen mehr Gemeinsamkeiten, aber auch eine Reihe interessanter Unterschiede auf, die eine eingehendere Analyse lohnend erscheinen lassen.

Eine solche Analyse muß sich zunächst einmal fragen, warum R 80 insgesamt 6 Quartale länger als R 70 dauerte. Es besteht wohl Konsens darin, als Auslöser der beiden Rezessionen die Ölpreisschocks (OPEC I und OPEC II) anzusehen, die in den Ölverbraucherländern zu Kraufkraftverlusten führten und Anpassungsfriktionen hervorriefen. Während OPEC I einen einmaligen Schock mit sprunghafter Erhöhung des Rohölniveaus darstellte, zog sich OPEC II über einen längeren Zeitraum hin, in dessen Verlauf es immer wieder zu neuen Preisschüben kam. Dies könnte man als *elne* Ursache für die ungewöhnliche Länge der Rezession ansehen. Darüber hinaus möchte ich thesenartig drei weitere Ursachen zur Diskussion stellen, und zwar

- die Geldpolitik
- die Finanzpolitik und
- das Profil der US- und der Weltkonjunktur.

Geldpolitik

Es dürfte unbestritten sein, daß vom Grad bzw. von der Veränderung der Geldversorgung einer Volkswirtschaft mit gewisser zeitlicher Verzögerung Effekte auf die realwirtschaftlichen Größen ausgehen. Hierüber gibt es bei allem Theorienstreit zwischen den Ökonomen keinen Dissens; dieser bezieht sich nur auf Transmissionsmechanismen, Lag-Verteilung, Wahl der monetären Referenzgröße etc. Auch die Bundesbank hat erst kürzlich eine eindeutige Wirkungsrichtung zwischen monetären und realen Aggregaten konstatiert: „In den Grenzen, die hier gelten, sprechen die erwähnten Tests für die Bundesrepublik im allgemeinen dafür, daß Veränderungen der Geldmenge M 1 und M 3 und der Zentralbankgeldmenge (aber nicht der Geldmenge M 2) dem Ausgabenwachstum tendenziell vorangehen . . . Für die Geldpolitik der Bundesbank bedeuten die ökonometrischen Ergebnisse praktisch, daß die Notenbank mit der Steuerung der Zentralbankgeldmenge auf längere Sicht die Entwicklungstendenzen des nominellen Sozialprodukts und des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus – wenn auch nicht mit der ‚Treffsicherheit‘ einer techni-

schen Apparatur – in dem gewünschten Sinne beeinflussen kann.“³ Wer aber das nominelle Sozialprodukt und das gesamtwirtschaftliche Preisniveau beeinflussen kann, beeinflußt ex definitione auch die reale Entwicklung.

Während der Rezession 1974/75 begann sich das Wachstum der Geldmengenaggregate ab der zweiten Jahreshälfte 1974 zunächst langsam, dann beschleunigt zu verstärken, was erwartungsgemäß mit der üblichen zeitlichen Verzögerung zu positiven Wachstumsraten beim Sozialprodukt führte.

In der 1980 einsetzenden Rezessionsphase wurde der geldpolitische Restriktionskurs dagegen mitten in der Rezession nochmals verschärft. Während die Vorjahresraten von M 1 in R 70 bereits zu Beginn der Rezession, also im 2. Quartal 1974, wieder zunahmen, gingen sie in R 80 bis zum 7. Quartal nach Rezessionsbeginn, also bis zum 4. Quartal 1981, zurück⁴. Danach hat die Entwicklung der Geldmengenaggregate, gemessen an der oben zitierten Aussage der Bundesbank, die Rezession nicht nur mit auslösen helfen, sondern auf jeden Fall zu ihrer Verlängerung beigetragen⁵. Als sich das Wachstum der Geldmengenentwicklung dann wieder beschleunigte, kam es mit der üblichen Verzögerung ab Anfang 1983 entsprechend den theoretischen Erwartungswerten der getesteten Regressionsfunktionen auch zu einer Wiederbelebung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums.

Finanzpolitik

Ähnliches wie für die Geldpolitik kann für die Finanzpolitik in R 80 festgestellt werden. Mitten in der Rezession wurde der Restriktionsgrad verschärft („Operation ‘82“ im Herbst 1981), während in R 70 zu Beginn des Jahres 1975 die Finanzpolitik durch die damalige Steuer- und Kindergeldreform stark expansiv wirkte. 1982, im Jahr des deutlichen realen Sozialproduktsrückgangs von 1 %, nahm das öffentliche Defizit (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der VGR-Abgrenzung) um fast 5 Mrd. DM ab, was übrigens ziemlich exakt dem Rückgang der öffentlichen Investitionen entsprach. Das öffentliche Defizit bildete sich von 3,8 auf 3,4 % des BSP zurück, für eine Rezession ein höchst ungewöhnlicher Vorgang, hätte doch das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren zu einem Defizitanstieg führen müssen. Nach allen gängigen gesamtwirtschaftlichen Budgetkonzepten war die Finanzpolitik

³ Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Januar 1985, S. 22.

⁴ Als monetäre Referenzgröße wird hier M 1 verwendet; wie umfangreiche Korrelationsberechnungen gezeigt haben, weisen deren Vorjahresraten auf einen statistisch gut gesicherten Vorlauf von drei bis vier Quartalen gegenüber der realen Sozialproduktentwicklung hin.

⁵ Eine andere Frage ist, ob die Bundesbank diese Entwicklung bewußt herbeigeführt hat oder ob sie überhaupt nicht in der Lage war, die „automatische“ Geldmengenentwicklung zu steuern. Dies soll hier nicht untersucht werden.

also als restriktiv, damit prozyklisch und in diesem Falle ebenfalls rezessionsverlängernd einzustufen.

Eine andere Frage ist, ob diesen – wohl von niemandem bezweifelten – negativen *direkten* Effekten der Finanzpolitik nicht positive *indirekte* in Form gestiegenen Vertrauens und einer verbesserten Kapitalmarktsituation gegenüberstehen. Kapitalmarktwirkungen sind wohl etwas komplexer, als sie derart monokausal ableiten zu können, und die Vertrauensfaktoren entziehen sich einer quantitativ meßbaren Analyse, wie sie hier angestellt wird. Ein Beweis, daß die indirekten positiven Effekte die direkten negativen Wirkungen *überkompensieren*, wird wohl niemals erbracht werden können; die Diskussion und Wertung hierüber muß notwendigerweise in „Glaubensbekenntnissen“ steckenbleiben. Eine ausschließlich „angebotsorientierte“ Sicht wird daher auch bestreiten, daß das schwächere Erholungstempo in R 80 auch mit der insgesamt restriktiv angelegten Finanzpolitik zu tun hat und wird die Ursachen infolgedessen in anderen Faktoren, wie z. B. in „zu hohen Löhnen“ oder zu geringer Flexibilität suchen – eine Sichtweise, auf die noch einzugehen sein wird.

Zu Beginn der Erholungsphase hat die Finanzpolitik dann, obwohl im ganzen weiterhin restriktiv angelegt, durch spezielle Maßnahmen kurzfristig stimulierend ge-

wirkt: Investitionszulage und Wohnungsbauprogramm sind in den realwirtschaftlichen Daten leicht auszumachen, ohne daß dies in der gleichen Periode die öffentlichen Haushalte entsprechend belastete.

Weltkonjunktur

Bei der Analyse nationaler Wirtschaftsfragen gerät die internationale Dimension manchmal allzu leicht in Vergessenheit. 1982 war ja nicht nur ein Rezessionsjahr für die Bundesrepublik Deutschland. Heute, zweieinhalb Jahre später, erntet man vielfach angesichts des „Wachstumswunders USA“ Erstaunen, wenn man darauf hinweist, daß die Rezession 1982 in den USA, gemessen am jahresdurchschnittlichen Sozialproduktsrückgang von real 2,3 %, deutlich gravierender als bei uns ausfiel. Es sei daran erinnert, daß durch die internationale wirtschaftspolitische Diskussion des Jahres 1981 das Schlagwort von der „W-recession“ in den USA die Runde machte.

Dieses Profil, Sozialproduktsrückgang 1980, Sozialproduktsanstieg 1981, abermalige Schrumpfung 1982 und endgültige Rezessionsüberwindung 1983 (gemessen an den Jahresdurchschnittswerten) traf tatsächlich ein. OECD-weit war das Sozialprodukt 1982 real um 0,5 % rückläufig, das Welthandelsvolumen fiel erstmals

Finanzierung & Entwicklung

Vierteljahresheft des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Zusammenarbeit mit dem HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung

kann noch von interessierten Lesern kostenlos bezogen werden.

Finanzierung & Entwicklung wird vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (IBRD), Washington, DC 20431, USA, vierteljährlich in mehreren Sprachen publiziert. Die deutsche Ausgabe wird in Zusammenarbeit mit dem HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg herausgegeben.

In **Finanzierung & Entwicklung** behandeln Mitarbeiter von IWF und Weltbank sowie bekannte Gastautoren aktuelle Fragen der Entwicklungspolitik, des Welthandels und des Weltwährungssystems.

Neue Leser, die **Finanzierung & Entwicklung** regelmäßig beziehen möchten, wenden sich bitte an:

Verlag Weltarchiv GmbH
Neuer Jungfernstieg 21
D 2000 Hamburg 36
Tel.: (040) 35 62 500

in der Nachkriegszeit geringer als im Vorjahr aus, nämlich um rund 4 %. Ein exportabhängiges Land wie die Bundesrepublik Deutschland konnte davon nicht verschont bleiben. Zwar war im Jahresdurchschnitt 1982 noch ein Exportwachstum zu verzeichnen, dieses ergab sich aber allein aus dem Überhang am Jahresende 1981. Im Verlauf des Jahres 1982 war ein kontinuierlicher realer Rückgang der Exporte von Waren und Dienstleistungen festzustellen, der erst Ende 1983 von einem Wiederanstieg abgelöst wurde, der bis zuletzt anhielt.

Struktur der Erholungsphasen

Die folgende Analyse geht für das BSP von der realen Veränderung aus, wie sie sich acht Quartale nach dem letzten konjunkturellen Tiefstand darstellt, und vergleicht dabei R 80 mit R 70. Die Betrachtung über acht Quartale wurde hier gewählt, da für kürzer bemessene Zeiträume das Bild durch in letzter Zeit aufgetretene Sonderfaktoren, wie z. B. die Reaktion auf die Investitionszulage, Arbeitskämpfe u. a. m., stark beeinträchtigt worden wäre. Tempo und Struktur der Erholung werden bei der Betrachtung über einen längeren Zeitraum besser sichtbar. Für die einzelnen Nachfragekomponenten wird von den Wachstumsbeiträgen zum BSP-Wachstum ausgegangen, womit – anders als bei der üblichen Zuwachsratenbetrachtung – dem unterschiedlichen Gewicht Rechnung getragen wird. Bei den Wachstumsbeiträgen handelt es sich quasi um gewichtete Zuwachsraten.

Wie erwähnt, betrug das BSP-Wachstum real über acht Quartale in R 80 rund 6 ½ %, verglichen mit rund 9 % in R 70⁶. Entscheidend für diese Differenz von 2 ½ Prozentpunkten war der schwächere private Verbrauch in R 80, dessen Wachstumsbeitrag allein 3 ¼ Prozentpunkte des BSP niedriger als in R 70 liegt (Wachstumsbeitrag in R 70 rund 4 %, in R 80 nur rund ¾ % des BSP-Anstiegs). Die übrigen Nachfrageaggregate zusammengenommen haben in den ersten acht Quartalen nach dem Tiefpunkt von R 80 dagegen sogar stärker als in R 70 zum Wachstum beigetragen. Das gilt insbesondere für den Staatsverbrauch und den Wachstumsbeitrag der Lageraufstockung.

Der stärkere Anstieg des Staatsverbrauchs mag angesichts der verfolgten restriktiven finanzpolitischen Linie auf den ersten Blick verwundern. Er ist allerdings ausschließlich Ausfluß der beschleunigten Ausgabertätigkeit der gesetzlichen Krankenkassen für Arzt- und Krankenhausleistungen sowie Arzneimittel; d. h. er ist Ausdruck der Umverteilung zwischen den Anbietern und Nachfragern von Gesundheitsleistungen. Zu einem gewissen Teil erklärt der Anstieg des Staatsverbrauchs auch die Schwäche des privaten Verbrauchs, nämlich

insoweit wegen dieser Umverteilung die Krankenversicherungsbeiträge erhöht werden mußten und somit die Kaufkraft minderten.

Die Ausrüstungsinvestitionen lieferten nach acht Quartalen mit rund 1 % den gleichen Wachstumsbeitrag wie in R 70. Der rechnerisch identische Wachstumseffekt darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in R 80 aufgrund der im Vergleich zu R 70 stärker verbesserten Ertragsbedingungen ein deutlich höheres Wachstum der Ausrüstungen hätte erwartet werden können und auch allgemein erwartet wurde, insbesondere von denen, die diese Art der Angebotsverbesserung immer wieder einklagen und als Hauptbestimmungsgrund für eine stärkere Investitionsbelebung ansehen.

Auch der Wachstumseffekt des Außenbeitrags war mit knapp 1 % nahezu identisch mit R 70, wobei zuletzt sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr um ½ bzw. 1 Prozentpunkt des BSP kräftiger als in R 70 expandierten. Schwächer entwickelten sich – abgesehen vom privaten Verbrauch – nur noch die Bauinvestitionen, die in R 80 nur einen Wachstumsbeitrag von knapp ½ % des BSP lieferten und damit nur halb so stark wie in R 70 anstiegen. Dazu hat neben den erheblich schwächeren öffentlichen Investitionen zuletzt auch die sichtbar nachlassende Wohnungsbautätigkeit beigetragen. Die Bauinvestitionen der Wirtschaft haben dagegen – wie die Ausrüstungen – ähnlich wie in R 70 zugenommen.

Zu Beginn der jüngsten Erholungsphase hatte der private Verbrauch überraschenderweise dank der sinkenden Sparneigung relativ kräftig zugenommen. Dies war aber nur von kurzer Dauer. In der Folgezeit wurden die Ausrüstungsinvestitionen, mehr aber noch die Exporte zum Träger des Wachstums.

Keine wie auch immer geartete Analyse kommt an dem Schluß vorbei, daß per saldo allein der private Verbrauch Ursache des schwächeren Wachstums in den ersten acht Quartalen von R 80 verglichen mit der Erholungsphase Mitte der 70er Jahre war, was ja nach gängigen Erklärungsmustern wohl eher als Ausdruck von Nachfrageschwäche denn von Angebotsdefiziten anzusehen ist. Daher sollen im folgenden die Determinanten für die Entwicklung des privaten Verbrauchs näher untersucht werden⁷.

⁶ Allerdings hat es im 1. Quartal 1985 durch den Rückgang des BSP gegenüber dem 4. Quartal 1984 einen deutlichen „Tempoverlust“ gegeben, so daß sich neun Quartale nach dem Tiefpunkt die Wachstumsdifferenz zwischen R 70 und R 80 auf rund 4 Prozentpunkte vergrößert hat.

⁷ Auch wenn sich inzwischen ein erheblicher negativer Wachstumsbeitrag der Bauinvestitionen in diesem Jahr abzeichnet, sollte nicht vergessen werden, daß ein Rückgang der Bauinvestitionen um 5 % quantitativ von einem gut 1 %igen Anstieg des privaten Verbrauchs aufgewogen wird.

Der private Verbrauch

Nimmt man die Bestimmungsgründe für den *nominalen* privaten Verbrauch, dann gibt es ex definitione für seine schwächere Entwicklung als in R 70 nur zwei mögliche Gründe:

- schwächeres Wachstum des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte,
- höhere Sparneigung, also abgeschwächte Konsumintensität.

Betrachtet man, wie hier geschehen, die *reale* Entwicklung, würde als möglicher Erklärungsfaktor noch ein verstärkter Preisauftrieb eine Rolle spielen können.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe war in R 80 aber bekanntlich deutlich geringer als Mitte der 70er Jahre. Der Preisindex des privaten Verbrauchs nahm in den acht betrachteten Quartalen von R 80 um rund 5½ %, in R 70 dagegen um 8½ % zu, wobei diesmal die Einfuhrpreise (Waren und Dienste) mit rund 3 % stark unterproportional, in R 70 mit 10½ % deutlich überproportional anstiegen. Die Preisentwicklung kommt als Begründung für eine schwache Verbrauchstätigkeit in jüngster Zeit also nicht in Frage.

⁸ Bundesbankabgrenzung, saisonbereinigt.

Die Spartätigkeit hatte zwar zu Beginn der konjunkturellen Erholungsphase Anfang 1983 (bzw. bereits ab dem 2. Quartal 1982) nachgelassen und so zu einem unerwarteten Verbrauchsanstieg geführt. Anschließend hat sie sich aber wieder normalisiert, und im 4. Quartal 1984 war die Sparquote der privaten Haushalte in etwa so hoch wie acht Quartale zuvor. Insgesamt wirkte die Sparneigung über den gesamten Zeitraum gesehen auf die Verbrauchsnachfrage neutral. In R 70 dagegen war ein Rückgang der Sparquote um 4 Prozentpunkte, nämlich von dem damaligen Rekordniveau von 17½ % im 2. Quartal 1975 auf 13½ % im 2. Quartal 1977 zu verzeichnen⁸. (Das gleiche Niveau wurde übrigens im 4. Quartal 1984 registriert.)

Betrachtet man die nominale Entwicklung, kommt man zu dem Schluß, daß die Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte etwa genausoviel zu der schwächeren Verbrauchszunahme beigetragen hat wie das Sparverhalten: Der Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte fiel zuletzt nominal um reichlich 4 Prozentpunkte schwächer als Mitte der 70er Jahre aus, dem Rückgang der Sparquote um 4 Prozentpunkte seinerzeit steht jetzt eine globale Sparneigung gegenüber, die über die acht Quartale mehr oder weniger konstant blieb. Real wurde die Differenz beim

Einkommen, Ersparnis, Beschäftigung, Kosten und Preise

	R 70 (2/77:2/75)		R 80 (4/84:4/82)		R 80 – R 70	
	nominal	real ¹ (Veränderung über acht Quartale in %)	nominal	real ¹	nominal (in Prozentpunkten)	real ¹
Privater Verbrauch	+16,1	+7,0	+6,8	+1,3	-9,3	-5,7
Ersparnis	-21,2	-27,4	+5,1	-0,3	+26,3	+27,1
Verfügbares Einkommen	+10,7	+2,1	+6,6	+1,1	-4,1	-1,0
Masseneinkommen	+10,8	+2,1	+3,5	-1,8	-7,3	-3,9
Nettolohn- u. -gehaltssumme	+9,2	+0,6	+3,7	-1,6	-5,5	-2,2
öffent. Transfereneinkommen	+14,1	+5,1	+3,0	-2,3	-11,1	-7,4
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen einschl. Sonstiges ²	+10,4	+1,7	+15,7	+9,8	+5,3	+8,1
Bruttolohn- u. -gehaltssumme	+14,5	+5,5	+5,8	+0,4	-8,7	-5,1
Beschäftigte		-0,4		-1,1		-0,7
Bruttolohn- u. -gehaltssumme je Beschäftigten	+14,9	+5,9	+7,0	+1,6	-7,9	-4,3
Nettolohn- u. -gehaltssumme je Beschäftigten	+9,6	+1,0	+4,9	-0,5	-4,7	-1,5
Lohnkosten je Produkteinheit ³		+5,4		+0,8		-4,6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Produkteinheit ³		+9,4		+19,9		+10,5
Preisentwicklung BSP		+6,6		+5,1		-1,5
Preisentwicklung Einfuhren (Waren und Dienste)		+10,5		+3,3		-7,2
Preisentwicklung Privater Verbrauch		+8,5		+5,4		-3,1

¹ Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs.

² Das Aggregat umfaßt außer den Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen (nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden), die die Niveaus und die Entwicklung dominieren, den Saldo zwischen empfangenen Übertragungen von Unternehmen und der übrigen Welt und den nichtzurechenbaren Übertragungen aller privaten Haushalte (z. B. 1984: Gesamttaggregat 286,4 Mrd. DM, Entnahmen usw. 327,4 Mrd. DM, Saldo – 41,0 Mrd. DM).

³ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Sozialprodukts.

verfügbaren Einkommen durch den geringeren Preisanstieg jedoch stark eingebremst, was angesichts der Tatsache, daß viele Einkommen gleichzeitig Kosten und damit Determinanten für die Preisentwicklung darstellen, nicht verwundern darf. Dennoch stiegen die verfügbaren Einkommen in R 80 preisbereinigt (mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs laut VGR) mit 1 % nur halb so stark wie in R 70.

Hiernach muß man also zu dem Schluß kommen, daß der real um 3½ Prozentpunkte höhere Wachstumsbeitrag des privaten Verbrauchs in R 70, verglichen mit R 80, zu reichlich ½ Prozentpunkte auf den seinerzeit stärkeren realen Anstieg der verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte und zu rund 2½ Prozentpunkte auf den damals erheblich kräftigeren Rückgang der Sparneigung zurückzuführen ist. Allerdings ist in diesem Zusammenhang die gegenseitige Abhängigkeit von verfügbarem Einkommen und Sparneigung zu berücksichtigen, worauf weiter unten noch einzugehen ist.

Verfügbares Einkommen

In der Tabelle werden Kennzahlen für Einkommen, Spartätigkeit, Beschäftigung, Kosten und Preise präsentiert.

Aus den Zahlen ergibt sich folgendes:

□ Während sich Mitte der 70er Jahre die Komponenten des verfügbaren Einkommens (Masseneinkommen sowie Entnahmen und Vermögenseinkommen) relativ gleichmäßig entwickelten, fällt in R 80 das starke Auseinanderdriften auf. Der geringe reale Zuwachs beim verfügbaren Einkommen resultiert aus einem starken Anstieg der Entnahmen und Vermögenseinkommen bei rückläufigem Masseneinkommen. Der Anstieg der Transfereinkommen in R 70 kann aus dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren (Renten- und Arbeitslosenversicherung) erklärt werden. Ihr realer Rückgang in R 80 war politisch gewollt und wurde als notwendig angesehen. Der erhebliche Anstieg des Teils des verfügbaren Einkommens, der nicht Lohn- und Sozialeinkommen darstellt, also im wesentlichen die Entnahmen und die Vermögenseinkommen, muß wohl auch so gewertet werden, daß sich die Unternehmen von einer stärkeren Sachinvestitionstätigkeit – die ja von der Ertragsentwicklung her möglich gewesen wäre – bis dahin nicht viel versprochen haben. Das hohe Realzinsniveau und Zweifel an der Dauerhaftigkeit der Ertragsverbesserung mögen hier eine Rolle gespielt haben.

□ Der Preis-Kosten-Zusammenhang ist evident. Einer deutlichen Abschwächung der Lohnkosten, der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Kostengröße, stand eine erhebliche Ausweitung der Unternehmens- und Vermö-

genseinkommen je Produkteinheit, d. h. der Gewinnspannen, gegenüber. Dies erklärt auch, warum der Anstieg des Preisindex des Bruttosozialprodukts sich angesichts der erheblichen Lohnkostenabschwächung nur verhältnismäßig wenig zurückbildete⁹. Die stärkste Rückführung des Verbraucherpreisanstiegs hängt mit dem merklich niedrigeren Einfuhrpreisanstieg zusammen, der trotz DM-Abwertung wegen des Rohstoffpreiserückgangs in Dollar eintrat.

□ Die Kennzahlen belegen ganz deutlich die Fortschritte, die im Sinne einer angebotsorientierten Politik erzielt wurden: Lohnkostendämpfung, Reallohnzurückhaltung bzw. -rückgang, der netto auch noch in der Erholungsphase anhielt. Zurückfahren des Staatsanteils (wofür stellvertretend die Beschneidung der Transfereinkommen stehen kann) und last not least die erhebliche Verbesserung der Unternehmenserträge mögen als Stichworte hierfür genügen. Dennoch ergab sich bisher kein stärkeres Investitionswachstum als Mitte der 70er Jahre, das Sozialproduktwachstum fiel schwächer aus und die Beschäftigung ging stärker zurück. Das Setzen auf die Angebotswirkungen heißt also offenbar, auf einen größeren Zeitbedarf setzen zu müssen. Dabei darf aber nicht aus dem Auge verloren werden, daß die Zeitdimension selbst – wegen der negativen Niveaueffekte – wieder die erwarteten positiven Wirkungen konterkarieren kann. Beim Setzen auf die mittelfristige Orientierung sollte nicht vergessen werden, daß die mittelfristige Entwicklung die Summe kurzfristiger Ereignisse darstellt.

□ Interessante Aspekte ergeben sich auch für die Beschäftigung. Bei einer negativen Wachstumsdifferenz zwischen R 80 und R 70 von 2½ Prozentpunkten (über acht Quartale) fiel der Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer jetzt um ¾ Prozentpunkte oder 180 000 höher als Mitte der 70er Jahre aus. Während in R 70 bereits im 3. Quartal nach Überwindung des konjunkturellen Tiefpunktes die Beschäftigtenzahl wieder zunahm, dauerte es diesmal bis zum achten Quartal. Der stärkere Beschäftigungsrückgang und die spätere Aufwärtsreaktion sind auf die Wachstumsschwäche, nicht etwa auf eine Beschleunigung des Produktivitätsanstiegs zurückzuführen. Dieser hat sich im Vergleich zu R 70 vielmehr verlangsamt¹⁰.

⁹ Der Preisindex des Sozialprodukts mißt die Verteuerung der Wertschöpfung, also der inländischen Produktionsfaktoren, im wesentlichen also Lohnkosten und Gewinnspannen.

¹⁰ Die Abnahme der Zahl aller Erwerbstätigen war in der hier betrachteten Erholungsphase von R 70 allerdings um rund 100 000 größer als in R 80. Dies beruht im wesentlichen darauf, daß die Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger in der Land- und Forstwirtschaft Mitte der 70er Jahre noch um fast 200 000, zuletzt aber nur noch sehr geringfügig abnahm. Dies ist also weniger ein konjunkturelles als ein strukturelles Phänomen.

Gemessen an der von manchen Angebotstheoretikern vertretenen Auffassung hätte allerdings – unabhängig von den Wachstumsunterschieden – allein die erhebliche Veränderung der Lohn-/Ertragsrelation zu einer positiveren Entwicklung der Beschäftigung führen müssen.

Entwicklung der Ersparnis

Der überaus deutliche Rückgang der Sparquote in R 70, eine wesentliche Nachfragestütze der damaligen Erholung, kann nicht unabhängig von der Entwicklung des verfügbaren Einkommens bzw. seiner Teile gesehen werden. Während der Rezession war die Sparquote zunächst um 3 Prozentpunkte angestiegen, um dann in den ersten acht Quartalen nach Rezessionsüberwindung um 4 Prozentpunkte zu sinken. Ein Teil des Anstiegs während der Rezessionsphase erklärt sich sicher durch die zu Beginn des Jahres 1975 in Kraft getretene Steuer- und Kindergeldreform. Im 1. Quartal 1975 stieg das Masseneinkommen durch diese Maßnahmen sehr stark an, was zwar auch den privaten Verbrauch direkt stimulierte, aber auch zu einer vorübergehenden deutlichen Ausweitung der Sparneigung führte. Dies entspricht im übrigen A-priori-Vorstellungen über Anpassungsverzögerungen bei einem Auftreten von „Schockereignissen“.

Erst ab dem 3. Quartal 1975, d. h. mit Beginn der Erholungsphase, ging die Sparneigung deutlich zurück, wobei wie immer Ursachen-/Wirkungsabläufe im strengen Sinne kaum beweisbar sein dürften. Im Gegensatz zu R 70 sank die Sparquote in R 80 bereits während der gesamten Rezessionsperiode, was angesichts der von vielen hinzunehmenden Realeinkommensrückgänge eher Ausdruck einer verminderten Sparfähigkeit als „autonom“ geänderter Sparneigung gewesen sein dürfte.

Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge muß man wohl konstatieren, daß der scharfe Rückgang der Sparquote in R 70 zumindest zum Teil auf einem vorgegangenen außerordentlich hohen Anstieg der Masseneinkommen (und wieder positiven Einkommenserwartungen?) basieren dürfte; lediglich durch die Festlegung der hier betrachteten Referenzperioden (in Abhängigkeit vom Rückgang bzw. Anstieg des Sozialprodukts) hat es somit den Anschein, daß der stärkere Anstieg des privaten Verbrauchs in R 70 gegenüber R 80 zum größeren Teil auf das andere Sparverhalten und zu einem geringeren Teil auf Unterschiede beim globalen verfügbaren Einkommen zurückzuführen ist. Festgehalten werden sollte, daß eine saubere Trennung der Einflußgrößen „Verfügbares Einkommen“ und „Sparneigung“

nicht möglich ist, wobei, von kurzfristigen Schwankungen abgesehen, eine Entwicklung in die gleiche Richtung mit „Pufferfunktion“ der Sparneigung unterstellt werden kann.

Die Entwicklung der globalen Sparneigung ist nicht unabhängig von der Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens. A-priori-Plausibilitätsüberlegungen, wonach die Sparneigung bzw. ihre Veränderung positiv mit der Einkommenshöhe bzw. ihrer Veränderung korreliert ist, werden z. B. vom Statistischen Bundesamt auch quantitativ belegt¹¹. Da außerdem die Vermögenseinkünfte häufiger wiederangelegt werden als laufende Erwerbseinkünfte (dies ergibt sich z. B. bei Lebensversicherungen und dem Bausparen durch die Zinsgutschriften zum Teil schon automatisch), spricht viel dafür, daß die Sparquote um so höher ist, je höher die Vermögenseinkünfte sind. Die höchsten Vermögenseinkünfte werden von den Selbständigenhaushalten erzielt, die auch über die höchsten Gesamteinkommen verfügen und die höchste Sparquote aufweisen¹².

Aus diesen Überlegungen und Zusammenhängen kann man den Schluß ziehen, daß der geringere Rückgang der Sparneigung in R 80 auch damit zusammenhängt, daß – im Gegensatz zu R 70 – die Einkommen mit besonders hoher Sparneigung, also die Entnahmen und Vermögenseinkommen, überproportional stark expandierten und die Einkommensarten mit hoher Konsumneigung, also die Lohn- und Transfereinkommen, schwach blieben bzw. real sogar schrumpften. Allein dieser Struktureffekt kann – bei gleichem verfügbarem Einkommen – das Verbrauchs- und somit auch das Sozialproduktswachstum merklich gedämpft haben. Auch diese Überlegung spricht dafür, die Entwicklung von verfügbarem Einkommen, Sparneigung und Verbrauch etwas differenzierter zu sehen.

Lohnpolitik und Beschäftigung

Nach den bisherigen Ausführungen ist nicht zu erwarten, daß jetzt ein Plädoyer für eine exzessive Lohnpolitik oder eine forcierte Ausweitung der Transferausgaben folgt. Dies kann allein schon deswegen nicht zu dem gewünschten Erfolg führen, weil die Interdependenzen zwischen Einkommens-, Kosten- und Preisentwicklung beachtet werden müssen. Folgende These möchte ich allerdings aufstellen: Weniger (an Nominallohnzurückhaltung bzw. Konsolidierung) wäre mehr (für Wachstum und Beschäftigung) gewesen.

¹¹ Vgl. „Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltsgruppen“, in: *Wirtschaft und Statistik* 2/1982, S. 75 ff. sowie Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen.

¹² Vgl. „Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen“, in: *Wirtschaft und Statistik* 7/1984, S. 561 ff.

Sicherlich war es notwendig, über eine Verbesserung der Ertragssituation die Investitionsneigung der Unternehmen zu stärken. Das Rentabilitätskalkül setzt sich allerdings auch aus den *Ertragserwartungen* zusammen, die auch von den Absatzerwartungen abhängen. Nur über Umverteilung die Ertragssituation und Investitionsneigung verbessern zu wollen, vernachlässigt die gesamtwirtschaftliche Dimension und entspringt genauso einzelwirtschaftlich orientiertem Ceteris-paribus-Denken wie das unreflektierte Kaufkraftargument, das ja zunächst auch reinem Umverteilungsdenken entspringt.

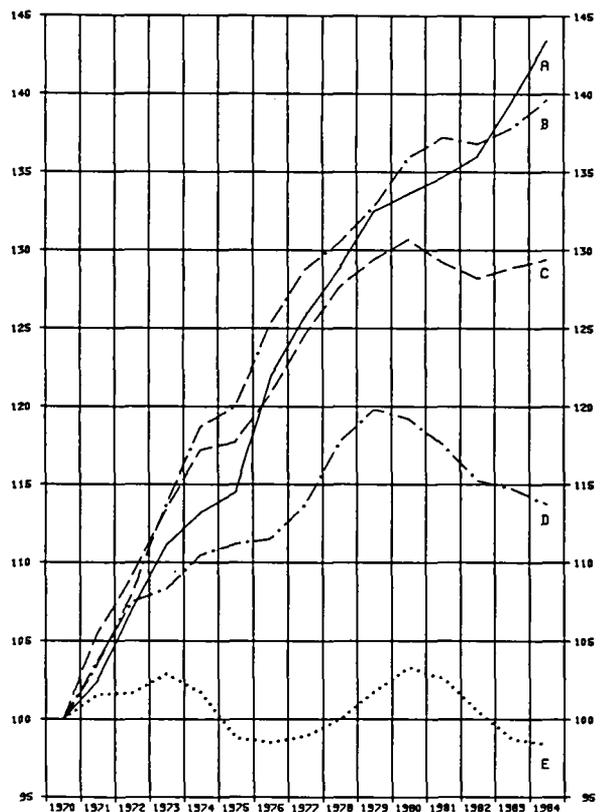
Aber auch die „angebotsorientierten Umverteiler“ übersehen, daß das Gesamtprodukt, das es zu verteilen gilt, immer erst geschaffen werden muß. Dabei gibt es ein Optimierungsproblem zwischen Angebots- und Nachfrageaspekten. Ökonomisch gesehen bewegt sich die Lohnpolitik immer auf dem sehr schmalen Grat zwischen einem Zuviel an Kosten und einem Zuwenig an Nachfrage. Berücksichtigt man dies, ist es schon nicht mehr so verwunderlich, warum die überaus starke Ertragsverbesserung nicht zu einer stärkeren Investitionsbelebung geführt hat: Die mittelfristigen Wachstumsperspektiven der Unternehmen bleiben eher gedrückt, und die Verbesserung der Kapazitätsauslastung erfaßte bisher nicht die volle Breite der Wirtschaft. So gesehen hat die – meines Erachtens im Ergebnis zu starke – Umverteilung zugunsten der Unternehmenserträge kein höheres Investitionswachstum, wohl aber einen schwächeren Verbrauch als in früheren Zyklen hervorgerufen. Ob dies bei anhaltender Aufwärtsentwicklung zum Besseren gewendet werden kann, bleibt abzuwarten.

Es ist meines Erachtens nicht sehr überzeugend, wenn nach fünf Jahren Netto-Reallohnrückgängen die Schuld an zu niedrigen Wachstumsraten und nach wie vor ungünstigen Beschäftigungsdaten verstärkt der Lohnpolitik zugeschrieben und die Verantwortung staatlicher Instanzen zum Teil nicht gesehen wird (quasi als Gegenstück zur genauso überzogenen „Beschäftigungsgarantie“ früherer Zeiten). Manchmal hat man den Eindruck, daß das Argument, die Reallöhne müßten hinter dem Produktivitätsanstieg zurückbleiben, sich bei vielen mit der Vorstellung verbindet, dies sei bisher anders gewesen. Graphik 2 zeigt, daß dieses „Nachhinken“ für die Veränderungsdaten bereits seit ungefähr 1976 festzustellen ist.

Die ebenfalls in Graphik 2 wiedergegebenen Niveauunterschiede zwischen Bruttoeinkommen oder Kosteneffekt einerseits sowie Nettolöhnen oder Einkommensaspekt andererseits sind dagegen Ausdruck der staatlichen Umverteilung und somit nicht den Lohntarifver-

Abbildung 2
Einkommensentwicklung 1970-1984

(1970 = 100)



- A Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen
 - B Real Labour Costs (Reales Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit je besch. Arbeitnehmer)¹
 - C Reale Bruttolohn- u. -gehaltssumme je besch. Arbeitnehmer²
 - D Reale Nettolohn- u. -gehaltssumme je besch. Arbeitnehmer²
 - E Beschäftigte Arbeitnehmer
- ¹ Bereinigt mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
² Bereinigt mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs.

tragsparteien anzulasten. Auf die Koinzidenz zwischen Beschäftigungs- und Reallohnrückgang, wie er in dieser Graphik ebenfalls zum Ausdruck kommt, möchte ich hinweisen, ohne hier über Kausalitäten zu diskutieren.

Verteilungsspielraum

Kritiker dieser Sicht werden einwenden, man müsse die Produktivität (z. B. um den durch eine exzessive Lohnpolitik hervorgerufenen Rationalisierungs- und Beschäftigungseffekt) „bereinigen“ oder man müsse vom „verteilbaren“ Produktivitätsfortschritt ausgehen, wie es die Institute in der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose nennen. Verteilbar im Inland zugunsten von mehr Beschäftigung und/oder Einkommen (nicht etwa nur Lohn-einkommen!) ist der Produktivitätsfortschritt, der nicht durch Terms-of-Trade-Verluste an das Ausland abzutreten ist. Und vor lauter „Bereinigungen“ sollte man nicht übersehen, daß es in jüngster Zeit doch eine Menge zu

verteilen gab, wie die höchst positiven Daten über die Ertragsentwicklung zeigen.

Bei allen möglichen und berechtigten Einwänden im Detail gegen die Lohnquotenbetrachtung kann man überdies kaum abstreiten, daß ihr derzeitiges Niveau (bereinigt um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur), das etwa demjenigen Anfang der 60er Jahre entspricht, wenig Argumente dafür hergibt, das Lohnniveau sei zu hoch. Beschränkt man die Diskussion auf die Lohnnebenkosten, so würde ich zwar auch dem Urteil zustimmen, daß die Relation von Lohnnebenkosten zu Direktlohn zu hoch ist; dies ist aber mehr ein ordnungspolitisches Effizienz- und Optimierungsproblem als ein Gesamtkostenproblem. Die Lohnnebenkosten, im wesentlichen Kosten der staatlichen Umverteilung, sind schließlich Bestandteil der gesamten Lohnkosten und somit der Lohnquote; unter Kostengesichtspunkten ist der Gesamteffekt und nicht ein Teilaspekt entscheidend.

Sowohl in der Lohnniveau- als auch in der Flexibilisierungsargumentation ist folgendes zu beachten: Das unreflektierte Übertragen der simplen Angebots-/Nachfragekurven auf den Arbeitsmarkt, d. h. das Setzen auf die Markträumungsfunktion des Preises (hier also des Lohnes), übersieht den janusköpfigen Charakter des Lohnes: Da er eben auch Existenzgrundlage darstellt, ist bei Preisvariationen mit einer inversen Angebotsreaktion zu rechnen, d. h. ein zu niedriges Lohnniveau kann aus existenziellen Gründen das Erwerbersonnenangebot erhöhen.

Fazit

Mein Fazit aus der vorstehenden Analyse lautet: Die Schwäche des privaten Verbrauchs ist ein Nachfrage- und kein Angebotsproblem. Ein etwas stärkerer Barlohn- und Masseneinkommensanstieg hätte der Konjunkturpolitik gut getan. Solange sich dieser stärkere Anstieg am A-priori-Verteilbaren ausgerichtet hätte, wäre nicht zu befürchten gewesen, daß dies durch einen stärkeren Preisanstieg voll wettgemacht worden wäre. Im übrigen hätte ein etwas stärkerer Lohn-einkommensanstieg auch die Finanzierungsprobleme auf den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherung erleichtern können. Dem höheren Nominaleinkommensanstieg hätte eine höhere Verbrauchsnachfrage entsprechen können, ohne daß dies die als notwendig angesehene überproportionale Ertragsentwicklung beeinträchtigt hätte. Das damit höhere gesamtwirtschaftliche Wachstum hätte den Lohnstückkostenanstieg nach wie vor in Grenzen halten können, so daß keine grundlegend andere Preisentwicklung hätte eintreten müssen. Die dadurch mögliche höhere Inlandsnachfrage hätte dann den Motor für

ein insgesamt beschleunigtes Wachstum bilden können.

Angesichts des herausragenden Gewichts des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt (56 % in der Bundesrepublik, in den USA sogar zwei Drittel) ist eine dauerhaft schwache Entwicklung dieser Größe nicht mit einem angemessenen Wirtschaftswachstum vereinbar. Hüten sollte man sich, das Sozialprodukt in „gute“ (z. B. Investitionen) und „schlechte“ Verwendungen (z. B. Verbrauch) aufzuteilen. Eine Investition dient auf Dauer – einzel- wie gesamtwirtschaftlich – ja überhaupt nur dem Zweck, Güter und Dienstleistungen für Verbrauchszwecke im Inland oder Ausland bereitzustellen. Eine Ausweitung der Investitionsquote fordern, heißt in Zukunft mehr verbrauchen zu wollen. Ist dies nicht allgemeiner Konsens, kann es auch keine dauerhafte Investitionsbelebungen geben.

Das Setzen auf Wachstum zur Herbeiführung eines höheren Beschäftigungsstandes setzt also auch das Forcieren, oder doch das Fördern, von Verbrauchszuwächsen voraus. Dies ist aber untrennbar mit entsprechenden Einkommenszuwächsen, und zwar „verbraucherfreundlichen“ in jedem Sinne, verbunden. Voraussetzung für das Funktionieren dieser Strategie ist allerdings, daß es hier einen Konsens zwischen allen politisch relevanten Instanzen geben muß. Nicht zuletzt ist hier die Geldpolitik gefordert, damit nicht Finanz- und Einkommenspolitik sich mehr oder weniger in Umverteilung erschöpfen.

Gibt es dagegen Änderungen in der Werteskala (z. B. mehr Freizeit statt Verbrauchs- und Einkommenswachstum, stärkere Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten) oder tatsächliche oder vermeintliche Wachstumshindernisse, die man als unabwendbar akzeptiert (Rohstoffknappheit, Sättigungserscheinungen), dann muß man fragen, ob der Umverteilungsansatz zugunsten der Unternehmenserträge überhaupt sinnvoll ist. Setzen die Unternehmen, wie der Staat, auf Konsolidierung statt auf Wachstum, dann bedarf es auch einer konsolidierten Einkommensentwicklung. Die Vorleistung „Lohnzurückhaltung“ verliert dann ihren Sinn, sie führt bei einer solchen Konstellation nur zu einer entsprechenden Verbrauchs- und Wachstumsschwäche mit negativen Beschäftigungsfolgen bzw. verpaßten Beschäftigungschancen. Der Circulus vitiosus wäre dann perfekt, wenn die Finanzpolitik auf dieses schwächere Wachstum wegen des Ausbleibens auslastungsbedingter Konsolidierungserfolge durch neue diskretionäre Maßnahmen die Konsolidierung verschärft und die Geldpolitik angesichts immer schwächerer Potentialwachstumsraten die Ausweitung der Geldversorgung immer stärker zügeln würde.